

Altenfeld hofft auf Hilfe

Sammelpetition zu Abwasser an den Landtag übergeben

Eine Petition mit 181 Unterschriften an den Petitionsausschuss des Landtags übergab gestern Rainer Breuer als Vertreter der Einwohner von Altenfeld. Die symbolische Übergabe an den Vorsitzenden des Petitionsausschusses, Wolfgang Wehner (CDU) und die stell. Vorsitzende, Heidrun Sedlacik (DIE LINKE) fand abseits der Öffentlichkeit und unbemerkt im Verwaltungshochhaus statt.

„Das stetige und flächendeckende Einreichen von Massen- und Sammelpetitionen im Kommunalabgabebereich macht deutlich, dass die Thüringer BürgerInnen mit der Erhebung von Beiträgen nicht einverstanden sind. Die CDU im Landtag sollte auch diese Petition zum Anlass nehmen, um im derzeitigen Gesetzgebungsverfahren zu den neuen Regelungen bei Abwasser über die Abschaffung der Beiträge nachzudenken“, fordert Frank Kuschel, kommunalpolitischer Sprecher der Fraktion die LINKE im Thüringer Landtag.

Die EinwohnerInnen von Altenfeld im Ilmkreis beschwerten sich mit der Eingabe über die vom Wasser- und Abwasserzweckverband Ilmenau (WAVI) erhobenen Vorausleistungsbescheide für Abwasser. „Für die Errichtung einer Kläranlage in Altenfeld durch den WAVI müssen wir zu 70 % der geplanten Kosten in Vorkasse gehen“, erklärt Rainer Breuer. Die Petenten sind der Meinung, dass die notwendigen Investitionen des WAVI nur infolge der Errichtung der Trinkwassertalsperre „Schönbrunn“ entstanden sind. Warum werden diese Kosten nun auf die Anwohner in Altenfeld umgelegt und nicht dem Eigentümer der Talsperre in Rechnung gestellt? Zweifel haben die Petenten auch, ob der Straßenbaulastträger ausreichend an den Investitionskosten beteiligt worden ist.

„Wir haben uns mit einem Offenen Brief an die Fraktionen im Thüringer Landtag gewandt und nur DIE LINKE hat uns Hilfe angeboten“, so Breuer. Die Petenten fühlen sich auch von ihren Volksvertretern im Stich gelassen.

„Wenn eine Eingabe eine Vielzahl von BürgerInnen betrifft, muss es in Thüringen bessere Regelungen geben. Durch das Einstellen einer solchen Petition ins Internet, hätten viele Menschen darüber Kenntnis und die Möglichkeit, sich an dieser zu beteiligen. Die LINKE im Thüringer Landtag fordert in ihrem momentan im Petitionsausschuss `gebunkerten` Gesetzentwurf, dass Massen- und Sammelpetitionen nach öffentlicher Anhörung von den Fachausschüssen im Landtag behandelt werden“, erinnert Heidrun Sedlacik abschließend.

Cordula Eger
19.06.09